Kongresse und Konferenzen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **7 (1915)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Geschäfte. Es wird dasselbe noch aus den Ueberschüssen aus den Verwaltungsspesen, deren Dekkung durch die Mitgliederbeiträge vorgesehen sind, den etwaigen Subventionen, Legaten und Kollekten gespeist. Der Reservefonds soll nicht über 10,000 Fr. betragen. Sobald dieser Betrag erreicht wird, hat die vorgesehene Zuführung von 15 Prozent aus dem Reingewinn auf Beschluss der Generalversammlung zu unterbleiben, und soll diese Zuführung erst wieder aufgenommen werden, falls dem Fonds wieder entnommen wurde, oder sein Vollbetrag weniger als 10 Prozent des Gesellschaftsbetrages ausmachen würde. Den beiden andern Fonds werden je 25 Prozent des Reingewinnes zugeführt. Die Führung der Geschäfte sind einem Direktions- und einem Verwaltungsrate, welche ihre Direktiven von der Generalversammlung erhalten, anvertraut. Im Verwaltungsrat sollen die Interessenten der verschiedenen Berufe und Meinungen der Mitglieder vertreten sein. Die Genossenschaft sieht auch eine Ausdehnung ihres Wirkungskreises auf die ganze Schweiz und selbst auf das Ausland vor. Die Union centrale de travail bildet also einen neuen Versuch einer Art von Arbeitslosenversicherung. Die Leistung des Versicherungsnehmers besteht in dem monatlichen Mitgliedsbeitrage, die Gegenleistung der Versicherung in der Bietung von Arbeitsgelegenheit (soweit solche vorhanden) und in der Wohlfahrtsbetätigung. Weit davon entfernt, eine wirklich rationelle Arbeitslosenversicherung zu sein, *ist sie vielmehr eine Versicherung auf Arbeitsvermittlung im Falle der Arbeitslosigkeit.* Diese Versicherung ist also letzten Endes ein auf eigener Produktion beruhender Arbeitsnachweis. Ein Fortschritt auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist danach nicht zu verzeichnen, sondern nur eine wenig glückliche neue Form des Arbeitsnachweises. Auch besteht für die Genossenschaft die Gefahr der Abhängigkeit von der öffentlichen Mildtätigkeit, worauf die Art. 16, lit. *c*, 36, Abs. 4 der Statuten hinweisen. So soll nach dem Artikel 16, lit. *c*, das Gesellschaftskapital auch aus Kollekten gespeist werden, über deren Organisation nach den Ausführungsbestimmungen des Art. 36, Abs. 4, der Verwaltungsrat entscheidet. Es ist auch nicht zu erwarten, dass die produktive Tätigkeit der Genossenschaft Einfluss auf den Markt gewinnen sollte, zumal in der jetzigen Zeit eine Steigerung des Bedarfs nicht in Rechnung gezogen werden kann. Eine Verschiebung des Produktionsangebotes bedingt noch keineswegs ein Steigen der Nachfrage. So würden als einziger Vorteil für den Versicherungsnehmer die Aussichten auf eine Besserung seiner Arbeitsbedingungen und die gegenseitige Hilfskasse bestehen bleiben. Aber das Hauptziel, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ist nicht erreicht. *fwk.*

Kongresse und Konferenzen.

Kantonale Gewerkschafts-Delegierten-Versammlung in St. Gallen.

Am 7. März, nachmittags, fand im Vereinshaus in St. Gallen eine Gewerkschaftsdelegierten-Versammlung des Kantons St. Gallen statt. An ihr waren vertreten 21 Sektionen der Stadt durch 57 und 18 Sektionen vom Lande durch 35 Delegierte. Das Tagesbureau wurde gebildet durch die Genossen *G. Laufer*, Präsident; *Val. Keel*, Vizepräsident, und *H. Rauchmayer*, Aktuar. Textilarbeitersekretär Genosse *A. Senn* hielt ein Referat über «*Die gegenwärtigen Verhältnisse in den Gewerkschaften des Kantons St. Gallen*», und Genosse Arbeitersekretär *Th. Koch* ein solches über «*Die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften*». Ersterer wies an der Hand einer Statistik nach, wie sich seit der Zeit des unseligen Krieges die Verhältnisse in den einzelnen Gewerkschaften gestaltet haben. Wie einerseits die Zahl der Mitglieder sich vermindert hat, wie die Arbeitslosigkeit angewachsen ist, wieviel insgesamt im Jahre 1914 an Arbeitslosen-Unterstützung von den Gewerkschaften im Kanton St. Gallen ausbezahlt wurde, rund 63,000 Fr., wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen im Kanton zu organisieren wären und wie viele tatsächlich organisiert sind usw. Das Referat wurde mit Aufmerksamkeit angehört und erhielt lebhaften Beifall. Gar manchem der Zuhörer sind dadurch die Augen geöffnet worden, dass noch sehr viel Arbeit geschehen muss, um die unter dem Joche des Kapitalismus schmachtenden Arbeiter aufzuklären und für die Sache des Proletariats, resp. der Allgemeinheit zu gewinnen.

In einem sehr instruktiven Referat verbreitete sich Genosse *Koch* über die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften. Unsere Aufgabe, meinte der Referent, liegt nicht nur in der Erringung materieller Vorteile, sondern wir sollten auch unsere idealen Ziele nicht vergessen. Um das zu erreichen, muss ein engerer Kontakt unter den Gewerkschaften des Kantons St. Gallen herbeigeführt werden. Nicht egoistischem Arbeiten sollen wir huldigen, sondern einem gemeinschaftlichen Zusammenschaffen sollen wir unser Augenmerk zuwenden, weil nur aus diesem Grosses entstehen kann. Dazu empfiehlt Genosse Koch, dass 1. im Frühjahr und im Herbst periodische kantonale Zusammenkünfte der Gewerkschaften stattfinden sollen;

dass 2. die lokalen Arbeiterunionen, oder, wo keine bestehen, die vereinigten Gewerkschaften eine Agitationskommission von drei Mann zu wählen haben zur Besorgung der Agitationsarbeit;

dass 3. ein Vorort gewählt werde, der mit diesen Lokalkommissionen und den Einzel-Gewerkschaften in ständiger Fühlung bleibt, ein Aktionsprogramm ausarbeitet, eine kräftige Agitation entfaltet und die kantonalen Gewerkschaftstagungen einberuft;

dass 4. gemeinschaftliche Versammlungen mit aufklärenden Referaten einzuberufen sind zur praktischen Betätigung des Solidaritätsgedankens unter den einzelnen Gewerkschaftsverbänden;

dass 5. die Bildungs- und Erziehungsarbeit unter den Gewerkschaften in vermehrter Weise gepflogen werde;

dass 6. die Frauen zur praktischen Gewerkschaftsarbeit herangezogen werden;

dass 7. die Jugendorganisationen gefördert werden; denn wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft;

dass 8. die Sozialstatistik, die Erhebungen über Lohn-, Arbeits- und Wohnverhältnisse gepflegt wird;
dass 9. die Bewegung kräftig unterstützt und propagiert,
und dass 10. die Parteipresse möglichst stark verbreitet und unterstützt werden soll.

Lebhaften Beifall erhielt Genosse *Koch* für seine Ausführungen. Diese fanden dadurch ihre sofortige Verwirklichung, dass *St. Gallen* als *Vorort* für die kantonale Gewerkschaftszentrale gewählt wurde.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung « Anpassung der Arbeitslosen-Kassen an die regierungsrätlichen Bestimmungen » wurde von Genosse Sekretär *Koch* erklärt, dass den Gewerkschaften in Bälde in einem Zirkular nähere Mitteilungen zugehen werden. In der « Allgemeinen Umfrage » kamen noch einige gute Gedanken betreffend Aeuffnung eines Fonds zum Ausbau des Arbeitersekretariates zum Ausdruck, wie auch von einem italienischen Genossen eine Resolution über den Krieg. Ueber diese wurde jedoch zur Tagesordnung übergegangen, weil die anwesenden ja alle prinzipielle Gegner des Krieges und Freunde des Friedens sind, aber es nicht in ihrer Macht liegt, dem scheusslichen Völkermorden ein Ende zu machen.

Um 5¼ Uhr konnte Präsident *Laufer* die von 150 Personen besuchte, schön verlaufene Tagung schliessen mit dem Wunsche, dass alle ihr Möglichstes tun werden, um die neue Institution zu heben und zu kräftigen und in der Hoffnung, dass diese Erspriessliches für die Arbeiterschaft leisten möge. *H. R.*

Schweizerischer Strassenbahner-Verband.

In Schaffhausen tagten am 20. März die Delegierten des Strassenbahner-Verbandes. Die Versammlung war aus sämtlichen Sektionen zahlreich beschickt und nahm einen befriedigenden Verlauf. Stadtrat *Schlatter* entbot den Willkomm-Gruss der Schaffhauserischen Arbeiterschaft, während Nationalrat *Greulich* die besten Wünsche des befreundeten Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes überbrachte. Ferner nahmen an den Verhandlungen als Abgeordnete der A. U. S. T. Zentralpräsident *Albisser* und Nationalrat *Weber* teil.

Der gedruckt vorliegende *Jahresbericht* konstatiert, dass die Kriegswirren den Verband in keiner Weise zu erschüttern vermochten, dass sie vielleicht die Ursache zu einer recht erfreulichen Festigung des Solidaritätsgedankens und zu lebhafter Betätigung desselben gebildet haben.

Der Verband zählte Ende 1914 10 Sektionen mit 2226 Mitgliedern. Dazu kommen noch 15 Einzelmitglieder. Eine Sektion, Luzern, hat im Laufe des Jahres den Austritt genommen, weil sie, den Treibereien freisinniger Politiker nachgebend, die gewerkschaftlichen Grundsätze verleugnete und sich die Kritik der Verbandsbehörde nicht gefallen lassen wollte. Erfreulicherweise ist zu konstatieren, dass 24 aufrechte Luzerner Strassenbahner dem Verband die Treue bewahrten und ihm vorläufig als Einzelmitglieder beigetreten sind, so dass die Mitgliederzahl genau 2288 beträgt.

Die *Jahresrechnung* zeigt folgendes Bild: Bei 37,732 Fr. Einnahmen (letztjähriger Saldo und Ergebnis der Zeitung inbegriffen) und 15,820 Fr. Ausgaben ergibt sich ein Saldovortrag von 4912 Fr. Das reine Vermögen beträgt 23,165 Fr. und hat sich um 2284 Fr. vermehrt. Dazu kommt der im letzten Jahre durch Veranstaltung einer Tombola zusammengebrachte Fonds für eine Alters- und Invalidenzuschusskasse im Betrage von 51,675 Fr. Die Rechnung der ebenfalls neu geschaffenen *Unterstützungskasse* zeigt einen Vorschlag von 670 Fr. Es wurden 2080 Fr. an Unterstützungen ausgerichtet. Für gewährten *Rechtsschutz* an Mitglieder bei Unglücksfällen, Prozessen usw. wurden 1594 Fr. aufgewendet.

Bericht und Rechnung fanden einstimmig Genehmigung und den Verbandsbehörden wurde der Dank der Mitglieder für die umsichtige und erspriessliche Leitung ausgesprochen.

Als *Vorort* wurde wiederum *Basel* bestellt, während die Sektion *Zürich* die *Beschwerdekommission* und zusammen mit Schaffhausen die *Geschäftsprüfungskommission* zu wählen hat.

Als Redakteur des Verbandsorgans wurde *Nydegger*-Zürich bestätigt.

Ein Abkommen des Vorstandes mit dem Zentralkomitee der A. U. S. T. betreffend Garantieleistung für ein Darlehen an die Uhrenarbeiter anlässlich der Aussperrung wurde sanktioniert, ebenso der Beschluss des Vorstandes, der A. U. S. T. aus der Verbandskasse 300 Franken zu Unterstützungszwecken zu überreichen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag des Vorstandes, es sei denjenigen Mitgliedern, die infolge der Kriegswirren *Lohnreduktionen* erdulden müssen, Unterstützung zu gewähren. In Frage kommen die Sektionen *Limmattal* und *Altstätten-Berneck*. Nach reiflicher Diskussion wurde der Antrag einstimmig angenommen. Zur Beschaffung der Mittel sollen vom ordentlichen Beitrag 20 Rp., statt bisher 10 Rp. in die Unterstützungskasse fliessen.

Ferner wurde beschlossen, dem Reservefonds der Unterstützungskasse aus der Verbandskasse 5000 Fr. zuzuweisen.

Ein Antrag *Bern*, die Delegiertenversammlungen nur alle zwei Jahre abzuhalten, wurde mit grossem Mehr abgelehnt, dagegen der Antrag *Zürich*, den pensionierten Mitgliedern das Verbandsorgan gratis zu liefern, angenommen. Dem Vorstand überwiesen wurde der Antrag *St. Gallen*, es sei zu prüfen, ob zur Sicherstellung der zum Dienste notwendigen Requisiten (Dienstkleider, Billette usw.) vom Verbande nicht eine Kollektivversicherung eingegangen werden solle.

Ein Antrag von *Nydegger*-Zürich, der den totalen Anschluss der A. U. S. T. an den Schweiz. Gewerkschaftsbund postuliert, konnte wegen vorgeschrittener Zeit nicht mehr behandelt werden.

Die Tagung fand ihren Abschluss durch die Annahme einer vom Verbandspräsident, Grossrat *Siegenthaler*-Basel, vorgeschlagenen Resolution, die Protest erhebt gegen die von einigen Verwaltungen durchgeführten Lohnreduktionen und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. *N.*

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband im Jahre 1914 und während des Krieges.

Als im Juni 1914 der Verbandstag zu Köln a. Rhein eine notwendige, durchgreifende Reform der Mitgliederbeiträge beschlossen hatte, sahen alle Kollegen mit froher Hoffnung in die Zukunft. An die Stelle des örtlichen Staffelbeitrages war der personelle Staffelbeitrag getreten und so die denkbar gerechteste und zugleich rationellste Verteilung der Mitgliedssteuerlasten herbeigeführt. Die Grundlage für die finanzielle Rüstung des Verbandes zu weiteren Lohnkämpfen war geschaffen und nun galt es, allerorts den Auf- und Ausbau dieser so dringenden Reform in emsiger und ausdauernder Arbeit durchzuführen. Am 1. Juli 1914 traten die Verbandstagsbeschlüsse in Kraft, und kaum war die

finanzielle Reorganisationsarbeit begonnen, da machte anfangs August der Ausbruch des Weltkrieges einen dicken Strich durch die so sorgfältig erwogene Rechnung. Nun stand die Existenz des Verbandes überhaupt auf dem Spiele, wenn es der Organisation nicht gelang, sich schnellstens den von Grund auf veränderten Verhältnissen anzupassen. Diese Anpassungsnotwendigkeiten zwang die leitenden Verbandsinstanzen, schleunigst Massnahmen zu treffen, die das Weiterbestehen der Gewerkschaft garantieren konnten. Das geschah in der Konferenz der Gau- und Ortsvorstände mit Verbandsvorstand und Ausschuss am 4. August v. J. Mit dem Tage der Mobilmachung hatte eine Stillegung, resp. Geschäftsverminderung vieler Betriebe und damit eine grosse Arbeitslosigkeit eingesetzt. Die Kollegen, die nun vor dem wirtschaftlichen Nichts, der Arbeitslosigkeit standen, musste die Organisation vor allem anderen über Wasser zu halten versuchen. Deshalb wurde in genannter Konferenz beschlossen, die Krankenunterstützung und die Unterstützung in Sterbefällen zugunsten voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung zu sistieren. Dieser Beschluss fand die volle Zustimmung aller einsichtigen und verständigen Verbandsmitglieder.

Die ersten sechs Kriegsmonate liegen nun hinter uns, ihre Einwirkung auf unseren Verband wollen wir nachstehend beleuchten. Am Schlusse des zweiten Quartals 1914 zählte der deutsche Transportarbeiter-Verband 228,207 Mitglieder, darunter 9533 weibliche. Bis zum 31. Januar hatten sich zum Kriegsdienst abgemeldet 82,743 Kollegen, so dass noch 145,499 Mitglieder vorhanden sein müssen. In den sechs Monaten gelang es ausserdem, 9279 Kollegen neu für die Organisation zu gewinnen. Am 31. Januar d. J. wurden nun in 412 Verwaltungsstellen 121,197 Mitglieder gezählt. Das ergäbe einen Mitgliederverlust in sechs Monaten von 33,581 Mann. In Wirklichkeit ist der Mitgliederverlust aber lange nicht so hoch. Mindestens 5000 bis 6000 seemännische Mitglieder sind entweder in neutralen Häfen auf ihren Schiffen festgehalten, oder in England, ein kleinerer Teil auch in Frankreich interniert. Diesen Kollegen fehlt zurzeit jede Möglichkeit, ihren Verbandspflichten nachzukommen, sie sind also nicht auf das Verlustkonto zu schreiben. Ein Teil jüngerer Mitglieder, der zu den Fahnen eingezogen ist, hat zweifellos in der Ueberraschung der Mobilmachung vergessen, sich abzumelden. Ein weiterer Teil hat während des Krieges in anderen Berufen Beschäftigung gefunden und dürfte sich nachher wieder einfinden. Der faktische Mitgliederverlust während des Krieges beträgt demnach noch nicht 10 Prozent des Gesamtmitgliederstandes, eine Ziffer, die die grossen diesbezüglichen Befürchtungen bei Kriegsausbruch erfreulicherweise nicht zur Tatsache werden liess. Dass Mitgliederverluste infolge des Krieges eintreten würden, war von vornherein sichere Gewissheit, und wir dürfen uns daher freuen, dass diese Abgänge so minimal im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl geblieben sind.

Der Prozentsatz der ins Feld gezogenen Gewerkschafter, im Verhältnis zu den in der Heimat gebliebenen, ist im allgemeinen 34,1, in unserem Verbande beträgt er 36,2, ist also bei uns höher als im Durchschnitt.

Trotz der, inklusive der Eingezogenen und der internierten Seeleute, gewaltigen Reduzierung der Mitgliederzahl um insgesamt etwa 48 bis 50 Prozent, war der Verband imstande, verhältnismässig hohe Summen zur Unterstützung der Kollegenschaft flüssig zu machen. Die Ausgabe für Unterstützungen aller Art betrug vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915 rund 1,215,000 Mark. Darunter allein die Arbeitslosen-Unterstützung inklusive der Weihnachts-Unterstützung an die Ausgesteuerten rund 703,500 Mark. Die statutarische Arbeitslosen-Unterstützung verteilt sich auf die einzelnen Kriegsmonate wie folgt: 1914. August 121,259 Mark, September 230,932 Mark, Oktober 95,033 Mark, November 57,130 Mark, Dezember 42,586 Mark. 1915: Januar 32,070 Mark. Diese Gesamtleistung für die Arbeitslosen ist in Betracht dessen, dass die Summe der eingehenden Beiträge auf fast die Hälfte reduziert ist, eine ganz gewaltige zu nennen. Trotz dieser enormen Ausgaben für die Arbeitslosen-Unterstützung war es auch noch möglich, zur Unterstützung der Kriegerfamilien eine verhältnismässig hohe Summe zu verwenden. In den Verbandsstatuten ist eine solche Unterstützung nicht vorgesehen, und infolgedessen waren auch finanztechnisch dafür keine Vorbereitungen getroffen. Wenn dennoch für den genannten Zweck bis zum 30. Januar dieses Jahres die Summe von 366,453 Mark ausgegeben werden konnte, um wenigstens die dringendste Not in den Soldatenfamilien zu lindern, so wird dies gewiss allgemein eine gerechte Würdigung finden.

Das alles hätte nicht geleistet werden können, wenn nicht eine Anzahl grosser und kleinerer Ortsverwaltungen aus ihren Ortskassenbeständen zum Teil ganz erhebliche Summen der Hauptkasse überwiesen hätten. So Berlin 50,000 Mark, Hamburg 50,000 Mark, Leipzig 15,000 Mark und Dresden die gleiche Summe. Auch mittlere und kleinere Verwaltungen haben nach besten Kräften zugesteuert.

Auf der Konferenz der Gau- und Ortsvorstände anfangs September v. J. wurde auf Anregung des Verbandsvorstandes und -Ausschusses die Errichtung eines Notstandsfonds beschlossen. Die Mittel zu diesem sollten durch gestaffelte freiwillige Beiträge der in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder aufgebracht werden. Das Ergebnis dieses Fonds, der am 15. September vorigen Jahres in Kraft trat, ist bis zum 31. Januar d. J. nun folgendes: Einnahmen 121,000 Mark 64, Ausgaben 76,484 Mark 63, Bestand 14,516 Mark 01. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: An Familien der zum Heere eingezogenen Mitglieder 49,924 Mark 92, Unterstützung bei Todesfällen 9996 Mark 19, ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder 10,627 Mark 40, Liebesgaben an die im Felde stehenden Mitglieder 5936 Mark 12, was die obige Ausgabensumme ergibt. — Nun noch einige Ziffern über den Stand der Organisation im Monat Januar 1915. Arbeitslos waren noch 3872 Verbandsmitglieder, davon bezogen 1371 Mann Unterstützung. Ausgesteuert waren 1582 Kollegen. Die Summe der ausgezahlten Arbeitslosen-Unterstützung betrug 32,070 Mark. Bis zum 31. Januar als im Felde gefallen waren 1609 Kollegen gemeldet. Die Zahl der von diesen hinterlassenen Kinder betrug 2223 Köpfe. An Familien-Unterstützung wurde im Januar gezahlt aus der Verbandskasse 6894 Mark, aus dem Notstandsfonds 14,975 Mark. An Unterstützung bei Todesfällen aus der Verbandskasse 370 Mark, aus dem Notstandsfonds 1073 Mark. An ausgesteuerte Mitglieder wurden gezahlt: aus der Verbandskasse 2564 Mark, aus dem Notstandsfonds 2544 Mark. Sonstige Unterstützungen wurden im Januar aus der Verbandskasse gezahlt: 16,570 Mark. Neugewonnen wurden 1200 Mitglieder. Die Beitragsziffer ist entsprechend der Mitgliederzahl eine gut normale zu nennen.

So hat denn zu unser aller voller Genugtuung, sagt das Verbandsorgan « Courier », dem wir diesen Bericht entnehmen, die Katastrophe des Weltkrieges die Grundfesten unserer Organisation nicht zum Wanken gebracht. Das dürfen wir mit Freude und Vertrauen für die Zukunft konstatieren.